

Inhalt:

Fremd im eigenen Land

Titelseite

Welche Gesellschaft für unsere Töchter und Enkelinnen?

Seite 2

Freiheit für Hongkong!

Seite 3

Der Klimawirrwarr oder die Ahnungslosigkeit der Symptombekämpfungsherolde Klima, Ketzler, Kernenergie

Seite 4

Erkundungsbesuch auf Spitzbergen

Seite 5

Grenzgänger: Politischer Zündstoff und wirtschaftlicher Segen

Seite 6

EU-Rahmenvertrag: Das Diktat des alles entscheidenden Europäischen Gerichtshofes würde die Schweiz gnadenlos entmachten

Seite 7

Beeinflussen Yuppie-Bewegungen die Wahlen 2019 nachhaltig?

Seite 8

Nr. 3/2019

PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

INFO

Fremd im eigenen Land



Von
Andreas Glarner,
Nationalrat,
8966 Oberwil-Lieli

Die Schweiz löst sich auf wie ein Stück Zucker im Wasser. Bald ist nichts mehr davon sichtbar, was uns einmal ausgemacht hat. Eigenverantwortung, Fleiss, Zuverlässigkeit, Gemeinsinn und Höflichkeit sind soziale Hängematten, Mittelmass, Laisser-faire



grosser Anspruchsmoralität einer freizeitorientierten Schonhaltung und dem bereits vielerorts üblichen «Was wottsch, Mann?» gewichen. Die Kriminalität hat dank offenen Grenzen und Kuscheljustiz europäisches Niveau erreicht.

Geblichen ist uns eine multikulturelle Gesellschaft, durchsucht von Heerscharen von Integrationsbeauftragten, Psychologen, Sozialarbeitern, Jugendarbeitern, Schulsozialarbeitern, Lebensberatern, Kulturanschaffenden und soziokulturellen Animatoren. Die Sozialindustrie und die Linken produzieren sich ihre Jobs gleich selber.

Allerdings sind nicht nur die Linken schuld. Die verantwortungslose Haltung der sogenannten Wirtschaftsverbände à la Economiesuisse trägt auch dazu bei. Sie opfern unsere Ordnung und Werte ihren kurzfristigen Profiten. Nur kommen dank der verantwortungslosen Asylpolitik und dem Familiennachzug eben nicht nur Arbeitskräfte, sondern eine grosse Zahl mehrheitlich unterdurchschnittlich Gebärgter, dafür überdurchschnittlich gebärgfreudiger Einwanderer, welche sich zum grossen Teil am Ho-

ngitopf unseres Sozialsystems laben und unsere Schulen an den Rand des Zusammenbruchs bringen.

Wer davor warnt, wird verlacht. Dereinst werden sich unsere Nachkommen wundern, warum wir dies alles zugelassen haben. Ich möchte meinen Enkelkindern nicht sagen müssen, wir hätten die Zerstörung des Erfolgsmodells ohne Gegenwehr zugelassen. Packen wir es an, bevor die Schweiz endgültig vor die Hunde geht. Dafür kämpfe ich in Bern!



Setzen Sie im Kanton Aargau Andreas Glarner 2 x auf jede Nationalratsliste

Andreas Glarner macht Politik aus Leidenschaft und ist ein politischer Überzeugungstäter.

Unerbittlich, wenn es um das Wohl unseres Landes geht – Unternehmerisches Flair mit Sinn für das Machbare.

Klartext statt Wischiwaschi – Unternehmer statt Unterlasser.

Persönlich

Geboren am 9. Oktober 1962 in Glarus. Seit 1994 wohnhaft in Oberwil-Lieli. 2 Kinder (Tina 1996 und Anja 1997). Gemeinderat seit 1998, Grossrat von 2001 bis 2015, Fraktionspräsident von 2005–2015, Gemeindeammann 2006–2017. Nationalrat seit 30.11.2015

Wahlempfehlung

20. Oktober 2019

Unsere Vorstandsmitglieder



Martina Bircher
Kanton Aargau



Janosch Weyermann
Kanton Bern

2 x auf jede Nationalratsliste

Welche Gesellschaft für unsere Töchter und Enkelinnen?



Von Jan Mahnert,
freier Journalist,
Bern

Mitte Mai dieses Jahres veröffentlichte die Berner Zeitung (BZ) einen Bericht zum Thema «*Loveboys*»⁽¹⁾. Der Begriff «*Loveboy*» klingt niedlich, doch dahinter steckt keine Romantik, sondern eine schmutzige Wirklichkeit. Ein *Loveboy*, so die BZ, «sucht sich gezielt junge, oft unsichere Mädchen aus. Spielt ihnen die grosse Liebe vor. Zwingt sie zu Sex mit anderen Männern. Drängt sie – das ist das Ziel – in die Prostitution. Am Ende verschwindet er spurlos. Ein *Loveboy* ist ein Zuhälter mit Don-Juan-Allüren...».

Im BZ-Bericht geht es um den Fall eines nicht namentlich erwähnten Mädchens aus dem Kanton Bern, das im Sommer 2016, im Alter von 13 Jahren, einem *Loveboy* verfiel. Es ging zum ersten Mal ohne die Mutter in die Badi. Und da traf es, nichts ahnend, seinen künftigen Zuhälter: «Hübsch, lässig, lockere Sprüche, schmiss mit Geld um sich... Sie war unsicher. Er war stark. Sie verliebte sich in ihn. Er führte sie aus.» Bald folgte der erzwungene Sex mit anderen Männern.

Loveboys sind in der Schweiz eine wenig bekannte Erscheinung, dennoch gibt es bereits eine Beratungsstelle für deren Opfer. Diese Stelle, die den Namen Act 212 trägt und in Bern ihren Sitz hat, zählte von 2015 bis heute 25 Fälle von Opfern. 18 Fälle hat sie näher analysiert. Es stellte sich heraus: «Alle Betroffenen sind hier aufgewachsen und sind hier wohnhaft, drei Viertel sind Schweizerinnen. Die Hälfte stammt aus dem Kanton Bern, und auch die Hälfte der Tatorte liegt im Bernbiet.» Zudem waren 28 Prozent der Täter Schweizer und 39 Prozent Ausländer; bei den übrigen ist die Nationalität nicht bekannt.

Niederlande

Auch in den Niederlanden sind *Loveboys* ein Thema – leider seit längerer Zeit und in einem weit grösseren Ausmass als in der Schweiz. So hatte die deutsche Wochenzeitung *Der Spiegel* bereits im Jahr 2010 diesem Thema einen vierseitigen Bericht gewidmet⁽²⁾. Darin wird das Schicksal der jungen Angelique geschildert, die sich mit 15 in ihren ersten Zuhälter verliebte. «Nach dem Unterricht sei sie mit einer Freundin eine Cola trinken gegangen, da habe ihr dieser Junge einen Stuhl angeboten, ein

hübscher Marokkaner, 19 Jahre alt, er lud sie auf einen Drink ein, dann in sein Auto, ein bisschen Musik hören. Bald nahm er sie mit auf Partys, in Discoteken, gab ihr Alkohol. Sie verliebte sich. Wenige Wochen später zwang er sie zum ersten Mal, mit fremden Männern zu schlafen.»

Der *Spiegel* beschreibt *Loveboys* als «junge Männer, die 13-, 14-, 15-jährige Mädchen vor der Schule abfangen oder sie über das Internet ansprechen, soziale Netzwerke wie Facebook; die sie abhängig machen von ihrer Aufmerksamkeit, ihrer Zuneigung, von Drogen, bis es zu spät ist und die Mädchen ihnen gehören». Angelique konnte sich aus den Fängen ihres marokkanischen Zuhälters befreien, doch diese Erfahrung hat in ihrer Psyche tiefe Spuren hinterlassen. Vorerst schien es ihr besser zu gehen. «Sie half ihrer Mutter in der Stiftung *stoploveboys*, sie schien es überstanden zu haben. Sie war inzwischen 19 Jahre alt. Dann, an einem Wochenende in Amsterdam, traf sie Yassin, ihren nächsten Zuhälter, verliebte sich, der Horror begann von vorn.»

Laut *Spiegel*-Bericht schätzen Hilfsorganisationen, dass jedes Jahr in den Niederlanden rund 1'500 junge Mädchen Opfer von *Loveboys* werden.

Grossbritannien

Was man in der Schweiz und in den Niederlanden unter «*Loveboy*» versteht, findet sich in Grossbritannien zum Teil im Begriff «*Child Grooming*» wieder. Beim *Grooming* geht es darum, Vertrauen zu Kindern aufzubauen, um dann Straftaten wie etwa sexuellen Missbrauch an ihnen zu verüben. *Grooming* ist in Grossbritannien leider ein verbreitetes Phänomen, wie zahlreiche Skandale es zeigen.

In der Stadt Rotherham wurden vier Jahrzehnte lang zahlreiche junge Mädchen sexuell missbraucht und in die Prostitution gezwungen. Ein Expertenbericht geht davon aus, dass allein zwischen 1997 und 2013 rund 1'400 Mädchen betroffen waren. Auffallend war, dass die Täter zum Grossteil Männer pakistanischer Herkunft waren, während die meisten Opfer weisse Mädchen waren. Besonders fassungslos macht die Tatsache, dass Sozialarbeiter wiederholt versuchten, auf die Situation aufmerksam zu machen. Doch die Polizei unternahm lange nichts, aus Angst davor, des Rassismus bezichtigt zu werden. Hinzu kam, dass der linke Stadtrat den Beziehungen zu den ethnischen Minderheiten – d. h. seiner Wählerschaft – keinen Schaden zufügen wollte. Die Behörden haben mit anderen Worten aus Feigheit und politischem Kalkül die körperliche und seelische Unversehrtheit vieler junger Mädchen auf dem Altar des Multikulturalismus geopfert.

Leider ist Rotherham kein Einzelfall, wie man es im englischsprachigen Wikipedia nachlesen kann. Etwa im selben Zeitraum haben in Rochdale Män-

ner pakistanischer Herkunft 47 – hauptsächlich weisse – Mädchen sexuell missbraucht. Auch hier hat die Polizei lange nichts unternommen. Aus denselben Gründen wie in Rotherham.

Weitere Kinderschänder-Ringe wurden in den letzten Jahren zerschlagen. 2010 wurden in Derby 13 Männer festgenommen, die 26 junge Mädchen sexuell missbraucht hatten. Die Ringführer hiessen Abid Mohammed Saddique und Mohammed Roman Liaqat. 2014 wurden in Newcastle 17 Männer und eine Frau verhaftet, weil sie Dutzende Mädchen im Alter von 13 bis 25 Jahren sexuell missbraucht hatten. Die Männer waren kurdischer, bangladeschischer, türkischer, iranischer, irakischer, indischer und pakistanischer Herkunft; die Frau war eine weisse Britin. Im Mai 2013 wurden in Oxford 7 Männer wegen sexuellen Missbrauchs, Menschenhandels und Prostitution verurteilt. Bei den Tätern handelte es sich um fünf Pakistaner und zwei Ostafrikaner. Die Opfer waren alle weisse Mädchen. Die Liste der Städte, in denen ähnliche Skandale aufgedeckt wurden, ist noch länger: Aylesbury, Banbury, Bristol, Halifax, Huddersfield, Keighley, Peterborough, Telford... Diese schrecklichen Zustände brachten die Labour-Abgeordnete Sarah Champion dazu zu sagen, man müsse einräumen, dass in all den Städten, wo ähnliche Dinge vorgekommen sind, die Mehrheit der Täter britische Pakistaner waren. Sie sagte auch, es wurde lange nichts unternommen, weil es vielen Menschen wichtiger war, nicht als Rassisten abgestempelt zu werden, als Kindermissbrauch zu verhindern⁽³⁾.

Multikulturalismus, eine Gefahr für Frauen?

Vielen Menschen passt es nicht, wenn ein objektiver Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität hergestellt wird, denn dies kratzt an ihrem Bild einer schönen, bunten Welt. Dabei sollte es selbstverständlich sein, dass nicht nur Migranten sexuelle Gewalt ausüben können. So gibt es in Europa zur Genüge Fälle sexueller Ausbeutung durch katholische Geistliche. Es sollte ebenso selbstverständlich sein, dass es in jedem Kulturkreis Männer gibt, die korrekt mit Frauen umgehen, und andere, die Frauen schlecht behandeln. Es ist allerdings nicht zu leugnen, dass es Kulturkreise gibt, in denen Frauen als minderwertig gelten. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Frage, wie Männer, die bereits die eigenen Frauen als minderwertig betrachten, Frauen aus anderen Kulturkreisen und Völkern ansehen und wie viel tiefer dann die Hemmschwelle ist, letzteren gegenüber körperliche oder sexuelle Gewalt auszuüben.

Für manche Feministinnen spielt die kulturell-religiöse Prägung der Männer keine Rolle. Sie sehen hinter jeder Unterdrückung der Frauen einfach das ominöse Patriarchat. Es scheint ihnen – vielleicht

aus Angst vor der Rassismus-Keule – nicht einleuchten zu wollen, dass je mehr Menschen aus Ländern mit einer grundsätzlich frauenfeindlichen Haltung zu uns kommen, die Rechte der Frauen umso bedrohter sein werden. Anfang Juli dienten in der Schweiz zwei Nachrichten als Erinnerung daran: Einerseits brach ein aus Syrien stammender Siebtklässler seiner Lehrerin mit einem Faustschlag den Kiefer ⁽⁴⁾, andererseits beklagten sich Bademeisterinnen darüber, dass die Frauenverachtung in den Freibädern heute nicht mehr tragbar sei ⁽⁵⁾. Auch hier das übliche Problem: «Alle wissen, welche Herkunftsländer problematisch sind, weil dort ein patriarchaler Umgang mit Frauen herrscht. Genannt werden etwa die Balkanländer und der arabische Raum. Offen zu sagen traut sich das niemand.»

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob Masseneinwanderung und Multikulturalismus gut sind für Frauen. Die deutsche Feministin Alice Schwarzer zieht seit Jahren den Zorn zahlreicher Gutmenschen auf

sich, weil sie es wagt, diesen Themenkomplex schonungslos anzusprechen. Alle Gutmenschen täten gut, sich ernsthaft Gedanken darüber zu machen, welches Europa, welche Schweiz sie ihren Töchtern und Enkelinnen hinterlassen wollen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass sich die demographischen Verhältnisse immer mehr zu Ungunsten der Einheimischen verschieben.

⁽¹⁾ Johannes Reichen, «Das Mädchen und der Lovverboy», in: Berner Zeitung vom 14. Mai 2019.

⁽²⁾ Dialika Krahe, «Morgens Mathe, mittags Hure», in: Der Spiegel 27/2010.

⁽³⁾ Ashley Cowburn, «Newcastle sex ring: People care more about being called racist than preventing child abuse, says Rotherham Labour MP», in: The Independent vom 10. August 2017.

⁽⁴⁾ «M. (14) traktierte Lehrerin mit Schlägen und Tritten», in: 20Minuten vom 10. Juli 2019

⁽⁵⁾ Nadja Pastega, «Kulturkampf in den Schweizer Freibädern», in: SonntagsZeitung von 7. Juli 2019

Freiheit für Hongkong!

Von Shi Wu Fei, Hongkong, Volksrepublik China

Seit fast drei Monaten finden dort fast täglich Demonstrationen mit bis zu 1,7 Millionen Menschen und damit fast einem Drittel seiner Bevölkerung statt. Waren sie zunächst friedlich, kam es bald zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei bis hin zur Teilbesetzung des wichtigen Flughafens. Anlass war ein Gesetz, das die Auslieferung von Verdächtigen in das kommunistische China erlaubt. Dabei hatte der damalige Vertrag Londons mit Peking unter der Devise «Ein Land, zwei Systeme» das bestehende Rechtssystem garantiert. Jetzt fordern die Hongkonger ein allgemeines Wahlrecht: Denn das heutige System zum Legislative Council garantiert Peking-getreuen «Volksvertretern» eine Mehrheit; wer das wichtigste Amt der 7-Millionen-Stadt erhält, wird von Peking entschieden und nicht an den Urnen Hongkongs! Die Rufe «Freiheit für Hongkong» der Demonstranten richteten sich daher bald verstärkt gegen Peking. Ihre Forderung nach einem selbständigen Stadtstaat wie Singapur werden indes Utopie bleiben ...

Chinas Staatspräsident Xi Jinping will am 1. Oktober, dem 70. Jahrestag der Volksrepublik, sein Reich als führende Weltmacht vorführen, wobei er dafür die Rebellion Hongkongs nicht ewig gewähren lassen kann. Er steht vor einem entscheidenden Problem: Ein Einmarsch in Hongkong durch sein Militär wäre offener Völkerrechtsbruch und würde Peking erneut als Diktatur entlarven; Bilder wie damals vom Tiananmen-Massaker am 4.6.1989, bei dem 200 Zivilisten erschossen und 3'000 verletzt wurden, möchte man unbedingt vermeiden. Zudem hängt von Hongkongs hochentwickeltem Finanzmarkt Chinas Wirtschaftsentwicklung ab, die in den letzten Jahren zurückging und dessen Banken

noch nicht weltmarktfähig sind – Shanghai ist noch kein Rivale für Hongkong.

Gespräche mit dessen Demonstranten, die Li Peng 1989 nicht scheute, lehnt Peking heute ab. Hat seine massive Propagandamaschine bisher die Hongkonger als Chaoten tituliert und von Terrorismus getönt, so wäre es gegenüber den eigenen Untertanen schwer, einen Kompromiss einzugehen – wenngleich der Ton aus Peking in den letzten August-Tagen moderater wurde. Man wird dort verstärkt versuchen, durch Geheimpolizei die Freiheitsbewegung zu unterwandern und zu zersplittern, ihre Anführer nach China zu entführen. In den ersten September-Tagen wurde jenes Gesetz offiziell zurückgenommen, die geforderte Untersuchung der Polizei-Übergriffe doch abgelehnt. Die Demonstranten verlangen indes weiterhin die Freilassung der Inhaftierten sowie jetzt auch das Recht, ihre Stadt-Regierung selbst zu wählen. Das aber wird Peking verneinen, würden freie Wahlen sich doch eindeutig gegen China richten. Äusserst aufschlussreich ist das Eingeständnis von dort, die Hongkonger Unruhen könnten die Sicherheit des kommunistischen Riesenreiches bedrohen: Die Demonstranten sollten dabei wissen, dass je friedlicher sie sich geben, sie umso weniger Peking triftigen Anlass zu Gewalt bieten. Ob bis zu jenem 1. Oktober echte Ruhe herrscht, sollte nach jetzigem Stand bezweifelt werden.

Ein 2006 auf die ganze Welt ausgeweitetes US-Gesetz verpflichtet Washington, Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren. US-Präsident Trump warnte dann auch vor Gewalt, sie würde das Handelsabkommen mit Peking stark erschweren; der Frage nach direkter Unterstützung der Hongkonger wich er indes aus.

Die Beschönigung der Arbeitslosenquote

Wir berichteten. Auch in der Jahresstatistik 2018 gibt der Bundesrat vor, dass wir 2,7% Arbeitslose hätten. In Tat und Wahrheit sind es 4,9% – wenn man die Zahlen des Bundesamtes für Statistik richtig zusammenzählt. Aber eben: alles beschönigend darstellen. Fazit: je weiter die Personenfreizügigkeit geht, umso höher wird die Arbeitslosigkeit. Und da demnächst die Rumänen und Bulgaren in 4er Kolonnen einmarschieren können, werden die Zahlen noch weiter steigen. Der Bundesrat will nun eine unwürdige Entlassungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose «ü60». Das ist nichts anderes als das «vorzeitige auf die Strasse stellen» zu Lasten der Arbeitslosenversicherung und die «Entledigung» der älteren Arbeitnehmer durch willfährige und skrupellose Grossunternehmer. Unter der heuchlerischen Beeinflussung des Cüpli-Sozialisten Berset werden die andern Bundesräte zustimmend nicken.

Tis Hagmann, Büro Ha, 5042 Hirschthal AG

Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 39 82

Vorstand: alt Grossrat und alt Nationalrat

Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrätin

Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland –

Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli –

alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil

am See – Manuela Kummlí, Geschäftsführerin,

Reinach – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon –

alt Grossrat und Stadtrat Hans-Ulrich Gränicher,

Revisor, Bern – Monika Kammermann,

Revisorin, Bern – Pierre Juchli, Zürich –

Stadtrat Janosch Weyermann, Bern

Homepage: www.pikom.ch

E-Mail: pikom@pikom.ch

PC-Konto: 60-76254-9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich

www.pikom.ch

Die UNO und ebenso die westeuropäischen Staaten, die sonst so gerne protestieren, scheuen offenbar eine klare Haltung – sie schweigen. Ist der Westen inzwischen wirtschaftlich so abhängig vom kommunistischen Peking, dass er zu den Vorgängen nichts mehr zu sagen wagt, was er denkt? Oder denkt man über die Freiheit auf unserer Welt überhaupt noch nach? Sollten wir in unserem Wohlstand schon so charakterlich morsch sein, dass wir für das Streben nach Profit den Wert der Freiheit und wahrer Demokratie opfern?

Der Klimawirrwarr oder die Ahnungslosigkeit der Symptombekämpfungsherolde

Eine aktuelle Betrachtung von Alexander Steinacher, Thalwil

Schlagzeilen im Tagesanzeiger – vom 8. Juli 2019 **Mehr Beton für Zürich – zwei neue Gesetze ermöglichen, dass die Stadt vernünftig wachsen kann!**

«Der Bauboom hat vor allem auf Brachen oder ehemaligen Fabrikgeländen stattgefunden – jetzt geht es um die Nachverdichtung (ein Wort aus der Bibel der Grüngläubigen) – dass dieses Auffüllen klappen könnte, hat der Kantonsrat gesorgt. Beide Vorlagen waren lange blockiert gewesen, für beide kämpfen die Zürcher Linken seit Jahren!» (Wachstum um wirklich jeden Preis bis zum geht nicht mehr!) weiter heisst es: «Zürich muss zusammenrücken, bis 2040 könnte die Stadt laut Prognosen auf 520'000 Einwohner anwachsen.»

Und da kommt kein Aufschrei, nichts, keine Demonstration vor dem Stadthaus oder dem Zürcher Rathaus oder gar vor dem Bundeshaus in Bern. Nein, sie sitzen vor den Banken am Paradeplatz! (Titel im TA: Die Bewegung wird extremer, Klimaschützer belagern Credit-Suisse). Ich verzichte da-

rauf, das genauer zu kommentieren, ein Wort dazu genügt: Missbrauch der Ahnungslosen. Und sie nennen sich Klimaschützer!

Und selbst der sonst stramm linke Tagesanzeiger kommentiert heute zuoberst auf Seite 2: «Hitzköpfe kapern die Klimabewegung - die illegalen Besetzungsaktionen in Bern, Basel und Zürich lenken von den eigentlichen Zielen ab.» Wobei die Ziele auch für den TA immer noch nur aus Symptombekämpfungsfaktivismus auf allen möglichen und unmöglichen Linien bestehen.

Und dann doch der Hinweis (macht doch die Augen auf!) «Der Nachwuchs fliegt nicht mehr mit; die klimabewegte Jugend hält ihren Eltern den Spiegel vor und erzieht sie zu mehr ökologischem Bewusstsein....» Nächster Gedanke: was brings? Auf Seite 3 des TA vom 9. Juli 2019 gibt es auch mal zwei farbige Symptombilder: und unten steht: «Verzascatal statt Tel Aviv; soweit kann es kommen, wenn die eigenen Kinder bei der Ferienplanung mitbestimmen.»

Mal ehrlich: der Entscheid fürs Verzascatal gegen das verdichtete Bauen am Strand und das verdichtete Baden (Tel Aviv) dürfte einem auch ohne grün-

ne Hintergedanken leicht fallen. Obwohl; auch das Verzascatal ist mit Touristen überfordert. Ich war im April dort, und da war die Anzahl der Naturgenieser gerade noch erträglich.

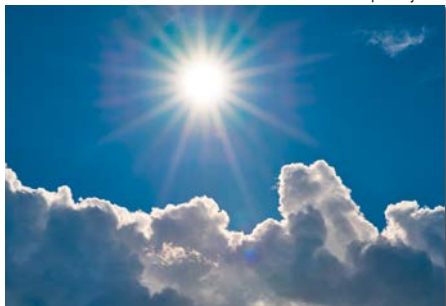
Unter den Bildern heisst es noch: «Zur Dringlichkeit tragen auch die Schulen bei. Viele Lehrpersonen haben das Klima gross auf ihre Agenda gesetzt!» Ja und – was dürfen sie sagen oder zeigen? Etwa die jedem zugänglichen Statistiken über die weltweite Bevölkerungsdichte, und insbesondere der Schweiz und das kaum in Frage gestellte Wachstum? Lauft mal mit den Kindern barfuss über einen normalen Steinplattenboden; nach Sekunden rennen sie alle, weil die gespeicherte Hitze die Füsse verbrennt. Neben dem Plattenweg ein kurz geschoener Rasen (also keine Wiese, keine Naturwiese mit mindestens 20 cm Höhe über Boden). Dort lässt es sich angenehm barfuss laufen, der Temperaturunterschied dürfte sich im Bereich von 20 bis 30 Grad bewegen! Mehr Beton für Zürich – vernünftig! Klimaschutz der gekauften Ahnungslosigkeit! Wenn man sie nicht aufweckt gibt es eines Tages ein böses Zwangs-Erwachen!

Klima, Ketzer, Kernenergie

Von Hans-Ulrich Bigler, Präsident Nuklearforum Schweiz, Erstabdruck: Handelszeitung

Vielen fällt es schwer zuzugeben: Mit der Kernenergie wird klimafreundlich Strom hergestellt. Elektrizität ist ihrerseits ein wichtiger Hebel, um Klimaschutz zu betreiben. Diese im aktuellen Kontext fast schon ketzerischen Feststellungen verdienen eine Erklärung: Der Klimaschutz ist ein weltweites Anliegen. Es geht darum, den Ausstoss von Kohlenstoffdioxid (CO₂) und anderen Treibhausgasen zu reduzieren, um die Erderwärmung zu stoppen. Gleichzeitig wollen wir aber nicht auf Wohlstand und Entwicklung verzichten. Es stellt sich nun die Frage, wie Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Besserstellung unter einen Hut zu bekommen sind. Die vergangene Klimakonferenz der Vereinten Nationen – sie fand im Dezember 2018 in Katowice,

Bild pixabay.com



Polen, statt – setzte sich auch mit der Antwort auf diese Frage auseinander. Sie kam zu interessanten Feststellungen, die zusammen geradezu als brisant gelten dürfen: Die Elektrifizierung ist ein wichtiger Hebel für die Nachhaltigkeit inklusive Klimaschutz. Und die Kernenergie ist ein wichtiger Hebel für die Elektrifizierung.

Die Elektrifizierung des Verkehrs hat gerade erst angefangen

Die Elektrifizierung der Haushalte und des Verkehrs reduziert den Ausstoss von CO₂. Fast zwei Drittel der Weltbevölkerung kochen, betreiben den Haushalt oder wärmen sich mit Holzfeuerungen oder Kohle. Die absolute Mehrheit des Verkehrs setzt Öl, Kohle oder Gas ein. Das sind alles CO₂-intensive Energieträger. Je mehr diese Energieträger durch klimagerecht erzeugte Elektrizität ersetzt werden, desto geringer fällt der CO₂-Ausstoss aus. Die Elektrifizierung der Haushalte schreitet voran. Jene des Verkehrs hat erst angefangen.

Mehr elektrischer Strom in den Haushalten und im Verkehr hat noch weitere positive Auswirkungen. Elektrizität in den Häusern bedeutet auch bessere Hygiene und höheren Komfort. Das erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern ermöglicht auch den Einsatz von Gebäudetechnik. Gebäudetechnik macht Bauten energieeffizienter und reduziert dadurch ihren CO₂-Ausstoss.

In der Mobilität führt der Einsatz von Strom zur Schaffung von Energiereserven – aber auch zu mehr Digitalisierung und damit zu effektiverem Verkehrs- und Flottenmanagement. Auch hier ist das Resultat: weniger CO₂-Ausstoss.

Es gibt keine Stromerzeugung ohne Treibhausgase

Jetzt kommt das grosse Aber. Strom muss erzeugt werden. Die versprochene Reduktion der CO₂-Emissionen lässt sich nur umsetzen, wenn auch die Stromproduktion klimafreundlich ist. Das heisst, der Energieträger sollte möglichst wenig CO₂ ausstossen, wenn er in Strom umgewandelt wird.

An der Klimakonferenz von Katowice wurde deshalb die richtige Folgerung gezogen. Die Kerntechnologie ist ausdrücklich eine Chance. Heute ist der Anteil der Kohle am weltweiten Strom-Mix rund 40 Prozent. Öl macht etwa 20 Prozent aus. Wenn die Kernenergie nur zum Teil die Stromproduktion aus fossilen Energieträgern ersetzen kann, sinken die globalen CO₂-Emissionen rasant.

Natürlich entstehen auch bei der Kernenergie CO₂-Emissionen. Aber in der Wertschöpfungskette der Stromproduktion gibt es keine Stromerzeugung ohne Treibhausgase. Aber Kernenergie ist nun einmal viel CO₂-ärmer als etwa Öl oder Kohle. Mit ihr gelingt die rasante Verbreitung der Stromversorgung mit einer markanten Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Ausgerechnet die Klimakonferenz der Vereinten Nationen hat diesen ketzerischen Zusammenhang erkannt.

Erkundungsbesuch auf Spitzbergen

Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,
D-Königswinter/Bonn

Unsere Landkarten von Europa enden im Norden zumeist mit Island und dem dänischen Grönland. Sehr viel nördlicher befindet sich Spitzbergen, was zugleich der Name der grössten Hauptinsel des Archipels ist. Diese kaum bekannte Inselgruppe umfasst das Eineinhalbfache der Fläche der Schweiz und hat etwa 2'500 Einwohner, welche zu einem Dreiviertel Norweger sind. Der Name stammt von einem niederländischen Seefahrer, doch galt das fast weltverlorene Archipel bis Anfang des 20. Jahrhunderts als «Niemandland». Ein nordamerikanischer Unternehmer gründete dann hier 1906 eine Bergarbeiterstadt mit dem ersten Kohlebergwerk. 1920 machte ein internationaler Vertrag Spitzbergen zu einem internationalen und entmilitarisierten Territorium, das zwar unter norwegischer Verwaltung steht, zu dem aber sämtliche 46 Vertragspartner gleichberechtigten Zugang zu den territorialen Gewässern und all seinen Ressourcen haben.

Im II. Weltkrieg besetzten deutsche Truppen das Gebiet, um von hier aus den US-Nachschub nach Murmansk für die Sowjetunion zu stören. Abgeschnitten von Nachrichten aus Berlin, kämpfte die Wehrmacht hier als dem einzigen Ort auch nach der Kapitulation im Mai 1945 weiter. Während des Kalten Krieges liessen sich im 1932 gegründeten Barentsburg über 4'000 Russen und Ukrainer nieder. Ihr Kohleabbau mit fünf Anfahrten und schwierigsten Arbeitsverhältnissen war niemals profitabel, aber Moskau wollte aus sicherlich ganz anderen Gründen ebenfalls hier anwesend sein. Heute zählt die russische Kolonie 451 Einwohner, von denen allerdings lediglich 245 in den Minen arbeiten. Seltener erscheinen die jährlich 600 angeblichen Touristen aus Russland, die in dieser Wildnis kaum einem echten Urlaub nachgehen. Die Lenin-Büste aus Stalin-Zeiten steht noch immer an ihrem Platz.

Hauptstadt von Spitzbergen ist Longyearbyen mit seinen heute 2'300 Bewohnern. Die meisten gehen dem Kohleabbau, der Forschung der Bodenschätze und der Untersuchung der Gletscher nach, viele sind Angehörige der hiesigen Aussenteile der norwegischen Universität von Tromsø.

Das Klima ist gekennzeichnet durch lange, sehr kalte Polarwinter; 153 Tage gibt es keinerlei Sonnenlicht, 130 Tage herrscht die Mitternachtssonne. Die Stadt verfügt inzwischen über eine moderne Infrastruktur mit diversen Geschäften, Restaurants und einem kleinen Krankenhaus. Schneemobile und Hundeschlitten stellen im Winter die Hauptfortbewegungsmittel dar. Verständlicherweise muss alles Wichtige aus Festland-Norwegen per Schiff oder Helikopter gebracht werden.

Interessanter, fast abenteuerlich ist Ny-Ålesund, der nördlichste Ort der Welt. Jedem Besucher werden dringend erforderliche Verhaltensmassregeln schriftlich mitgeteilt: «Achtung vor Eisbären, das Verlassen des Ortes ist verboten!» Man müsse den Anweisungen der bewaffneten Eisbärenwäch-

ter folgen, welche den Besucher vor Angriffen dieser in Spitzbergen rund 3'500 gefährlichen Tiere schützen. Unbedingt habe man auf dem Wagen zu bleiben, die Tundra sei ein hochempfindliches Ökosystem, das lange zur Erholung von jeglichem Eingreifen benötige. Vögel und andere Tiere dürften nicht gestört werden. Offiziell leben in Ny-Ålesund 60 Personen, wahrscheinlich aber sind es mehr. Hier befinden sich norwegische, britische, italienische sowie sogar südkoreanische Forschungsstationen. China, das sich seit 2004 als «arktischer» Staat tituliert und hier eine Station errichtete, wird allgemein mit Misstrauen betrachtet – was gewiss nicht an den zwei sehr grossen Löwen-Statuen vor seinem braunroten Gebäude begründet ist. Gespräche mit zwei Chinesinnen blieben erwartungsgemäss inhaltslos. Ein recht seltener philatelistischer Leckerbissen bietet das kleine, nur zwei Meter breite und drei Meter lange Postamt – das nördlichste der Welt –, in dem Briefmarkensammler ihre Post mit zwei Sonderstempeln versehen dürfen.

Der in Spitzbergen besonders spürbare Klimawandel hat den Zugang zu reichen Fisch- und Krabbenfanggebieten sowie zu Bodenschätzen wie Erdöl und Erdgas eröffnet, wie auch andererseits eine Schifffahrt über arktische Routen. «Die Arktis ist zu einer globalen Arena im Wettstreit um Macht geworden», erklärte unlängst der US-Aussenminis-

ter, wobei er ebenfalls militärische Probleme meinte. In der Tat stellt sie inzwischen eine Region dar, in welcher die strategischen Ambitionen der Grossmächte stark hervortreten.

Zudem steht ein internationaler Streit unmittelbar bevor: Nach offizieller Auslegung Norwegens betrifft das Abkommen von 1920 lediglich das Land und seine Territorialgewässer, die übliche 12-Meilen-Zone; die 200-Meilen-Wirtschaftszone aber, also ebenfalls der Spitzbergen-Kontinentalsockel, wird danach vom internationalen Zugang ausgeschlossen. Nach der viel später nach 1920 beschlossenen UNO-Seerechtskonvention indes kann jedes Land den freien Zugang und die Nutzung auch dieses Gebietes für sich beanspruchen. Russland, das hier bewusst seine Armee auftreten lässt, aber ebenfalls die EU als Ganzes wollen jetzt ihre behaupteten Ansprüche durchsetzen. Auf Oslo kommen schwere Zeiten, wenngleich es der Unterstützung der USA sicher sein kann.

Bild pixabay.com



Grenzgänger: Politischer Zündstoff und wirtschaftlicher Segen

Fabian Schnell, avenir suisse

Grenzgänger sind eine zentrale Stütze der Genfer Wirtschaft. Die rund 82'000 Pendler stellen mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen im Kanton Genf, in der Waadt sind es mit 30'500 nur gut 7,3 %. Allerdings ist ihre Präsenz mit Ängsten vor Arbeitsplatzverlust oder Lohndumping verbunden. Zu Unrecht, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt.

«Grenzgänger!» – besonders im Kanton Genf rufen wohl nur wenige Wörter mehr Ressentiments hervor, als die offizielle Beschreibung von Personen mit Wohnsitz im Ausland, die in der Schweiz einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Thematik bestimmt die politische Agenda der Rhonestadt schon seit einigen Jahren, und der Aufstieg der politischen Bewegung «Mouvement Citoyens Genevois» (MCG) wird zu einem erheblichen Teil diesem Phänomen zugeschrieben. Ähnlich wie im Kanton Tessin hat

dies dazu geführt, dass politische Bestrebungen für zusätzliche Hürden, um Grenzgänger anzustellen, oft von Erfolg gekrönt sind. Besonders bekannt ist der sogenannte «préférence cantonale», eine Art Inländervorrang für offene Stellen bei der kantonalen Verwaltung. Dies notabene lange bevor das Prinzip im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative schweizweit politisch mehrheitsfähig wurde.

Wichtige Rolle am Genfer Arbeitsmarkt, geringe im Kanton Waadt

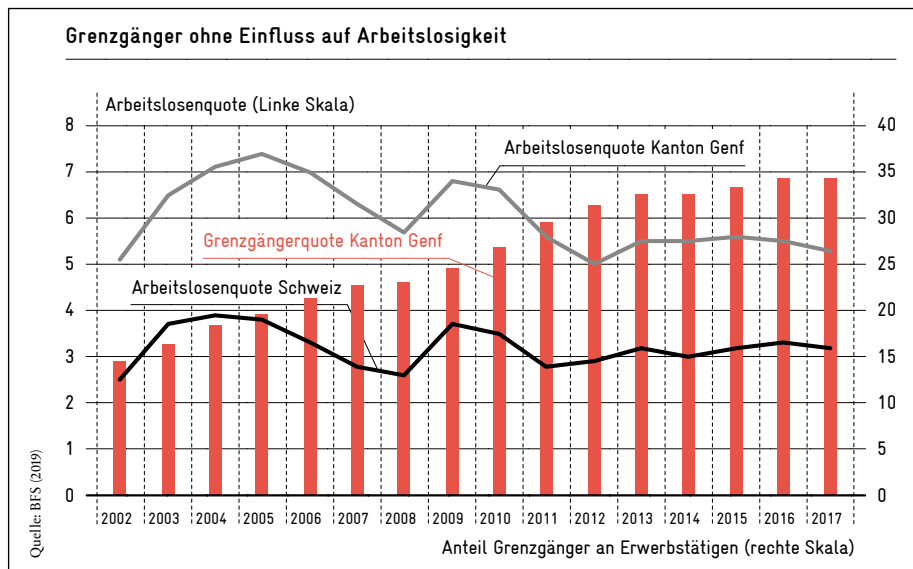
Zahlenmässig ist die Bedeutung der Grenzgänger zweifellos beachtlich. Zwar pendeln schweizweit mit 312'809 Personen bloss etwa 6,8 % der Erwerbstätigen über die Landesgrenze (Stand 2017), doch ihre Präsenz ist regional stark konzentriert: Auf die Kantone Genf, Basel (Stadt und Land) sowie das Tessin entfallen rund zwei Drittel aller Grenzgänger. Im zum Kanton Waadt gehörenden Teil des Arc lémanique spielen sie – trotz zunehmenden Pendel-

strömen über den Genfersee – eine viel kleinere Rolle (aktuell ca. 7,3 % der Erwerbstätigen). Im Kanton Genf stellen die Grenzgänger hingegen über einen Drittel der Erwerbstätigen. Der Anteil hat in den letzten rund 15 Jahren stark zugenommen (vgl. Abbildung). Es ist wenig verwunderlich, dass ein solcher Anstieg die Angst vor der Verdrängung einheimischer Erwerbstätiger oder vor Lohndruck schürt. Doch sind diese Befürchtungen berechtigt? Tatsächlich ist die Arbeitslosenquote im Kanton Genf im Vergleich zum Rest der Schweiz seit jeher überdurchschnittlich hoch, wie die Abbildung zeigt. Sie pendelt seit 2002 (dem Inkrafttreten der Bilateralen I) zwischen 5 % und etwas mehr als 7 % und entwickelt sich, je nach Konjunkturlage, parallel zum gesamtschweizerischen Durchschnitt. Im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Grenzgänger an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen aber mehr als verdoppelt. Arbeitslosigkeit ist in Genf zweifelsohne ein virulentes Problem, doch eine Inzidenz für einen Zusammenhang mit der Zunahme der Grenzgänger lässt sich trotzdem nicht ausmachen.

Kein Lohndruck im Kanton Genf

Auch die Lohnstatistik zeigt keinen Einfluss durch die wachsende Anzahl der Grenzgänger. Die verfügbaren Daten für die Jahre zwischen 2008 und 2014 sind eindrücklich: Schweizerinnen und Schweizer verdienen im Kanton Genf in allen Jahren im Mittel rund 20 % mehr als ihre Grenzgänger-Kolleginnen und -Kollegen. Während die Lohnentwicklung der in der Romandie Ansässigen konstant und etwa im Rahmen der schweizweiten Entwicklung nach oben zeigte, mussten die Grenzgänger jüngst mit wesentlich tieferen Entgelten für ihre Arbeit auskommen. Der Vergleich mit dem Schweizer Medianlohn illustriert darüber hinaus, dass mit der Anstellung von Grenzgängern in der Region Genf kein Lohndruck verbunden war: «Win win» für alle, sozusagen.

Bild pixabay.com



EU-Rahmenvertrag: Das Diktat des alles entscheidenden Europäischen Gerichtshofes würde die Schweiz gnadenlos entmachten

Von Dr. rer. publ. HSG Roland Burkhard, Bern

Am Beispiel des Rahmenvertrags mit der EU rege ich an, besser durch Nachdenken klug zu werden, und nicht durch Nachahmen oder gar erst nach schlechten Erfahrungen. Deshalb ist dieser einseitige Unterwerfungsvertrag vollumfänglich abzulehnen.

Der jüngste Entscheid des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sollte uns eine Lehre sein

Dieser Vertrag unterwirft uns vollumfänglich der heutigen und künftigen EU-Gesetzgebung und damit der EU-Rechtsprechung durch den EuGH. Wie dieser entscheidet, hat er in einem jüngsten Urteil im Falle Deutschland bewiesen, und das sollte uns eine Lehre sein.

Dabei ging es um folgendes: Deutschland wollte eine PKW-Maut (analog unserer Autobahnvignette) einführen. Der EuGH hat dies untersagt, denn diese sei rechtswidrig und diskriminierend, da ihre wirtschaftliche Last praktisch nur auf den Haltern und Fahrern von in anderen EU-Ländern zugelassenen Fahrzeugen liege, denn inländische Autobesitzer sollten im Gegenzug für Maut-Zahlungen durch eine geringere KFZ-Steuer entlastet werden. Also beschloss der EuGH: Verstoss gegen das EU-Diskriminierungsverbot und zudem gegen die Grundsätze des ungehinderten Marktzugangs im EU-Binnenmarkt. Deutschland muss als EU-Mitgliedstaat dieses EU-Urteil zähneknirschend hinnehmen. Ihm zu entgehen wäre für das Land nur mit einem Debit möglich.

Nur Deutschland...

Dies betrifft prima vista einzig Deutschland und nicht die Schweiz. Aber aufgepasst! Denn gerade mit diesem Urteil hat der EuGH einmal mehr bewiesen, wie sehr er einer einzigen Sache verpflichtet ist: Der europäischen Integration, koste es was es wolle. So wird schon nur die kleinste angebliche «Diskriminierung» von EU-Bürgern (d.h. auch bescheidene Bevorzugungen von Inländern durch die einzelnen EU-Staaten) gnadenlos gerichtlich verboten und annulliert. Dies gilt, wohlverstanden, für die EU-Mitgliedstaaten; gnade Gott jenen anderen (zweitklassigen) anderen Staaten wie der Schweiz, die mit der EU lediglich eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit suchen.

...oder auch der Rahmenvertrag?

Kommen wir zum Rahmenvertrag (Institutionelles Abkommen) mit der EU. In der gegenwärtig vorliegenden Form ist er wohl hoffentlich chancenlos, so-

fern das Volk sich denn dazu äussern kann. Doch Bundesbern erhofft sich nur noch einige kosmetische zusätzliche Klärungen der EU-Kommission zu lediglich drei Punkten, während die grundsätzliche Problematik (bedingungslose Unterwerfung unter das EU Recht und damit – vor allem – unter die EU-Rechtsprechung) völlig ausgeblendet wurde. In ihren künftigen Gesprächen mögen sich Bundesbern und die EU-Kommission vielleicht sogar im einen oder anderen der drei Punkte etwas näher kommen. Das Hauptproblem ist damit keineswegs gelöst. Die EU-Kommission kann locker einige proforma-Zugeständnisse machen, im Wissen darum, dass danach ihr Gerichtshof in einem konkreten Streitfall die Dinge schon im Interesse der europäischen Integration richtig stellen wird.

Das Hoffen auf nachhaltige Zugeständnisse der EU ist pure Illusion

Halten wir vorerst eines fest: Die für den Rahmenvertrag vorgesehene Lösung mit einem so genannten (paritätischen?) Schiedsgericht ist pure Augenschweerei. Dieses kann kaum etwas Wesentliches selber entscheiden, sondern muss sklavisch die Entscheide des EuGH übernehmen. Wie diese ausfallen würden, hat der EuGH im Falle der deutschen Maut einmal mehr deutlich gemacht.

So ist es denn pure Illusion zu glauben, dass die Schweiz beim EuGH auf Verständnis hoffen kann, wenn sie auf Lösungen beharrt, die schon nur wenig vom apodiktischen EU-Kurs abweichen.

Dies gilt für:

- den **Lohnschutz**; schon nur die geringste Bevorzugung von einheimischen Arbeitskräften vor ausländischer Billigkonkurrenz hätte keine Chance mehr; Volksentscheide wie «Prima i nostri» würden zur Makulatur;
- die **Unionsbürgerrichtlinie**, welche ein grosszügigeres Bleiberecht und einen rascheren Zugang zur Sozialhilfe für EU-Ausländer und restriktivere Voraussetzungen für die Ausschaffung ausländischer Krimineller vorsieht;
- die **EU-Beihilferegulung**; sie würde es der Schweiz verbieten, für Schweizer Unternehmen bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, als sie in der EU gelten.

Schon nur kleine schweizerische Ausnahmeregelungen würden vom EuGH als unverhältnismässig und diskriminierend betrachtet und samt und sonders abgelehnt. Denn mit dem Rahmenvertrag würden wir uns eben voll und ganz der EU-Gesetzgebung und der EU-Rechtsprechung unterstellen. Wer unter diesen Voraussetzungen für den Rahmenvertrag heute noch an eine einvernehmlich nachhaltige Lösung mit der EU glaubt, hat Visionen. Und wer Visionen hat – sagte der einstige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt – der sollte besser zum Arzt gehen. Wir sollten, angesichts der überbordenden Arztkosten, besser rechtzeitig durch Nachdenken klug werden.

Bild pixabay.com



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit Sitz in Luxemburg

Beeinflussen Yuppie-Bewegungen die Wahlen 2019 nachhaltig?



Von
Walter Ostermeier,
9479 Oberschaan

Vermag eine Gruppierung wie die «Operation Libero» als eine Art «Wir-retten-die-Welt-Bewegung» die eidgenössischen Wahlen 2019 nachhaltig zu beeinflussen? Oder gerät die via Spenden finanzierte «Community» in ein paar Jahren – wie viele andere vor ihr – als eine Gruppe selbstverliebter Missionarinnen und Missionare in Vergessenheit?

Welche Kriterien hat eine «Wir-retten-die-Welt-Bewegung» zu erfüllen, um im Rampenlicht der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden? Sie muss erstens die Themen kennen, die interessieren. Sie muss zweitens wissen, wo die Musik spielt. Und sie muss drittens spüren, mit welchen Melodien bzw. mit welchen Argumenten die Herzen der eigenen Leute sowie jene der Zuhörerinnen und Zuhörer zu erobern sind. Unter diesen Aspekten und weil im Hintergrund mitfinanziert wurde, konnten ein Landesring, eine Piraten-, eine Freiheits-, eine Auto- und/oder eine BDP überhaupt erst entstehen. Oft ernten selbsternannte Protest- und Yuppiebewegungen mehr Medienecho als manche Kommunikationsspezialistinnen und -spezialisten, die über Jahre und Jahrzehnte nichts anderes trainiert haben, als ihren Arbeitgeber, den Interessenverband, die

politische Partei, die wohltätige Institution (NGO), den Konzern oder den KMU im Rampenlicht der Öffentlichkeit wortreich, mit viel Einfühlungsvermögen und diplomatischen Renkungen so darzustellen, damit Kritiker und Konkurrenten ausgestochen sind. Die Operation Libero versteht es, in den Kantonen Kandidatenlisten so zusammenzustellen, damit das Medieninteresse geweckt sowie Schlagzeilen garantiert sind. Unlängst dürften die Kommunikationsverantwortlichen der «zivilgesellschaftliche Bewegungen in der Schweiz» (Homepage-Zitat) unter den Wahlkampf-Verantwortlichen für Stürmerunzeln gesorgt haben. In einer Medienmitteilung wurde informiert, dass sie nun im Hinblick auf die Wahlen 2019 in 12 Kantonen vertreten sei, um mit 12 Teams 12 Events zu veranstalten, damit sie ihre «über 40 Kandidatinnen und Kandidaten aus 6 Parteien» präsentieren könne. Jetzt seien auch «die Namen der Wandelwahl-Kandidatinnen und -Kandidaten» der beiden Basel bekannt: In Basel-Stadt stehen Christian Egeler (FDP) und Sibel Arslan (Grüne) für die Wandelwahl ein, im Kanton Basel-Landschaft Eric Nussbaumer (SP), Balz Stüchelberger (FDP) und Florence Brenzikofer (Grüne).

Hütet euch vor der «Operation Libero»

Damit sei der «Wandelwahl-Kampf der Operation Libero in den Kantonen» lanciert. Die Propaganda richtet sich zur Hauptsache an verwöhnte Gutmenschen, die von ihrem Wohlstand auch andere profitieren lassen möchten (Zielpublikum-Analyse aus einem Blogbeitrag). Themen sind der Kampf gegen den Klimawandel; Ehe für alle, weitere guttönende «Menschenrechte» sowie das Anti-Burkaverbot. Hütet euch am Morgarten – so hat es einmal geheissen bei den Eidgenossen. Heute heisst es, «Hütet

euch vor der Operation Libero», einer selbsternannten und durchorganisierten Wahlstreitmacht gegen die bürgerlichen Parteien.

Uns interessiert vor allem, wie haben es die zwei Co-Präsidentinnen Flavia Kleiner und Laura Zimmermann aus dem nichts zu einer solchen politischen Macht mit ihrer «Operation Libero» geschafft?

Denken wir mal an die in den Medien erwähnten Mentoren aus Amerika und aus Deutschland. Die Operation Libero erhalte kein Geld von Investor George Soros, liess sich Flavia Kleiner zitieren. Der durch Finanzgeschäfte reich gewordene Soros soll über die von ihm kontrollierten Stiftungen gegen 18 Milliarden in «Initiativen der Zivilgesellschaft für die Menschenrechte» gepumpt haben. Eine Art Wiedergutmachung für Verbrechen an Menschen, die vor Jahren und Jahrzehnten hilflose Opfer hochtrabender Spekulationsgeschäfte durch Finanz- und Immobilienhaie geworden und dadurch wirtschaftlich, sozial und menschlich vernichtet worden sind? Wir wissen es nicht.

Unsere erste Handlung besteht darin, die Schweizerbevölkerung vor der «Operation Libero» zu warnen. Offensichtlich werden ganz gezielt Linke, Grüne und Grün Liberale Politiker ausgewählt, um diese mit allen Mitteln zu fördern. Ihr Ziel sei es, neun Nationalratssitze zu gewinnen um so eine Rot-Grüne Mehrheit im Nationalrat zu erringen.

Auch wenn gesagt wird, man finanziere sich durch Spenden in überschaubarer Höhe: Die Operation Libero scheint über enorme Mittel zu verfügen. Da verblasst jede andere Partei in der Schweiz. Darüber hinaus bekommt dann das Thema «Parteispenden» eine ganz andere Dimension. Wir werden Sie auf dem laufenden halten.

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Bedrohen Trump, Putin und Xi unsere nationale Sicherheit?»



Donnerstag, 3. Oktober 2019

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Organisiert durch:

PRO + LIBERTATE

www.prolibertate.ch

PIKOM

Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch



PRO + LIBERTATE

Ich möchte der Vereinigung PRO LIBERTATE beitreten:

- als Mitglied (Jahresbeitrag Fr. 40.– / Ehepaare: Fr. 60.–)
- als Gönner (Jahresbeitrag Fr. 100.–)
- als Sympathisant (nach freiem Ermessen)

Ich bestelle _____ Expl. des Buches
«Wie sich die Schweiz rettete», zum Preis
von 49 Franken (statt 79 Franken)



Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an: PRO LIBERTATE, 3052 Zollikofen